

## BERLIN

## SENATSBILDUNG

## Ära zu Ende

**D**raußen vor der Tür summten vorgeschobene CDU-Beobachter anzüglich: „Hoppe, hoppe, Reiter, wenn er fällt, dann schreit er.“

Dinnen im Bürgermeisterzimmer vernahmen Berlins Freidemokraten am Dienstag letzter Woche, neun Tage nach der Parlamentswahl, den Zuspruch des geistlichen Rats-Herrn Heinrich Albertz: Die FDP möge Bescheidenheit üben und dieses Mal mit nur einem Senatsamt zufrieden sein. Zuvor waren es drei gewesen.

Die Predigt schlug durch. Obschon seine Bundespartei (Parole: „Anständig



Berliner Bürgermeister Albertz\*  
„Ich watete im Blut“

sterben“) die Sozialdemokraten allein regieren lassen wollte, scheute es der liberale Spitzenreiter Hans-Günter Hoppe, stellvertretender FDP-Landesvorsitzender und bislang Finanzsenator, mit den schwarzen Raben den Graben der Opposition zu teilen. Und er begnügte sich gar mit dem unattraktiven Justizressort.

Berlins Freidemokraten, die nun wie zuvor die Halbstadt gemeinsam mit der SPD regieren werden, opferten dem „Programm der Proportionen“, das der Pastor außer Diensten Albertz nach dem Wahlsieg seiner Sozialdemokraten durchpauken will. Motto des Stadtchefs: „Eine Normalisierung der Lage in Berlin auf allen Gebieten.“ Albertz im Freundeskreis: „Die Ära Brandt ist zu Ende.“

In dieses Konzept paßt sogar, daß die SPD am 12. März um 132 000 Stimmen abmagerte. Schon zu Zeiten, da Willy Brandt zwar noch im Rathaus Schöneberg regierte, zumeist aber in Bonn residierte, war vom Kronprinzen Albertz ein Abbröckeln der sozialdemokratischen Wähler-Bastion unter seiner Regentschaft vorausgesagt worden. Der „Ber-

liner Standortpfarrer“ (Brandt) damals: „Wir werden erleben, daß sich unser Stimmenanteil von 1963 auf ein vernünftiges Ausmaß reduziert.“

In jener Wahl, zwei Jahre nach dem Mauerbau, war Willy Brandt ein tiefer Einbruch in das bürgerliche Lager gelungen. Brandt hatte seinen totalen Sieg dem Koalitionsbürgermeister und CDU-Vorsitzenden Franz Amrehn zu danken, durch dessen Einspruch ein Treffen zwischen dem damaligen Sowjet-Premier Nikita Chruschtschow und dem Regierenden Bürgermeister vereitelt worden war. Für die CDU hatten damals nur 28,8 Prozent der Wähler gestimmt (vorher 37,7), die SPD war von 52,6 auf 61,9 Prozent geschnellt.

Dieses Mal holte sich die CDU mit 32,9 Prozent rund die Hälfte des Stimmenverlustes von 1963 zurück; die SPD mit 56,9 Prozent behauptete zwar die absolute Mehrheit, büßte aber die Hälfte des Stimmengewinns von 1963 ein. Der FDP-Anteil sank von 7,9 auf 7,1 Prozent.

Heinrich Albertz — halb Sieger, halb Verlierer — macht sich nun daran, auch in der Verwaltung die Ära Brandt zu liquidieren. Mit der Erfahrung des Mannes, der jahrelang für den außenpolitisch orientierten Bürgermeister Brandt die Geschäfte führen mußte, will er seinen Senat ohne Rücksicht auf Partei-Arithmetik oder Koalitionsproporz eindampfen. Und gleich einem preußischen Sparkommissar entwarf er einen Stellenplan, der auf Berlins Position im Windschatten der Weltpolitik zugeschnitten ist: „Es muß gerade jetzt mit weniger Leuten noch mehr gearbeitet werden.“

Sparsamkeit war auch der Grund dafür, daß sich der neue Mann im Schöneberger Rathaus trotz beharrlichen Zuspruchs aus der Bonner SPD-Zentrale gegen eine Große Koalition mit Franz Amrehns Christdemokraten stemmte. Albertz sah für einen rot-schwarzen Pakt in Berlin „weder sachliche noch personelle Voraussetzungen noch ein Bedürfnis“: Der CDU hätte er genauso viele Senatsposten überlassen müssen, wie er abschaffen will — drei von dreizehn.

Der Stadtstaat-Verwalter setzte durch, daß der Wirtschaftssenator künftig die Betriebsverwaltung und der Sozialsenator die Ressorts für Jugend und für Gesundheit mit übernimmt. Seine SPD-Fraktion, die er am letzten Dienstag mit den Sparplänen vertraut machte, billigte die Amputation — nach heftigen Debatten.

Denn über den eisernen Heinrich Albertz murren nicht allein die Freidemokraten, die zwei von drei Senatorenstühlen räumen müssen. Auch die Genossen sind aufgebracht, daß sie auf eine der 6000-Mark-Positionen künftig verzichten sollen.

Überdies hat das Maßhalteprogramm auch in den zwölf West-Berliner Bezirksverwaltungen, dem Futterplatz der kleinen Funktionäre, herbe Konsequenzen. Da die Bezirksämter laut Verfassung nach dem Senats-Schema zu besetzen sind, müssen sich einige Dutzend Stadträte demnächst nach einem anderen Arbeitsfeld umsehen.

Albertz nach dem Sieg: „Ich watete im Blut.“

\* Bei der Stimmabgabe am 12. März 1967.

- ▷ Kontor Nord in Essen handelt für Klöckner, Hüttenwerk Oberhausen, Ilseder Hütte und Salzgitter,
- ▷ Kontor Westfalen in Dortmund arbeitet für Hoesch und Rhein Stahl,
- ▷ Kontor Süd in Saarbrücken vertreibt die Erzeugnisse von Röchling und den Werken an der Saar und in Süddeutschland.

Nur der Düsseldorfer Stahlherr Friedrich Flick war nicht bereit, sich den neuen Verkaufssyndikaten anzuschließen. Seine Firmen Stahlwerke Südwestfalen bei Siegen und Maximilianshütte in Sulzbach/Oberpfalz fühlen sich als Lieferanten der Autofabrik Daimler-Benz AG, die Flick zu 38 Prozent gehört, bislang auch ohne Kartell stark genug.

Stahlverbands-Chef Dr. Hans-Günter Sohl, Generaldirektor des Thyssen-Konzerns, hingegen glaubt, er könne den „chaotischen deutschen Stahlmarkt“ nur durch umfassende Preisabreden ordnen. Seit die westdeutschen Stahlverbraucher bis zu 40 Prozent ihres Bedarfs mit Einfuhren decken, müssen die heimischen Produzenten immer wieder ihre Preise senken. Jeder unterbietet jeden.

Für eine Tonne Autofeinblech verlangten die Firmen bislang offiziell einen Listenpreis von 660 Mark, tatsächlich aber berechneten sie den Automobilherstellern nach Abzug hoher Rabatte und Skonti nur 520 Mark. Klagte ein Stahlboß: „Wenn fünf Herren am Tisch sitzen und schwören, unsere offiziellen Preise einzuhalten, sind sie zur gleichen Zeit dabei, heimlich billigere Angebote zu machen.“

Die vier Kontore nehmen nunmehr den Stahlwerken das Verkaufsgeschäft ab. Sie sammeln alle Aufträge für ihre Mitglieder und verteilen sie nach einem Quoten-Verfahren auf die Kontor-Firmen. Zugleich sollen sie die Konzerne, die seit Monaten kaum noch 80 Prozent ihrer Kapazitäten ausnutzen, bei der Stilllegung unrentabler Anlagen beraten.

„Wir haben jetzt die niedrigsten Preise in der Montan-Union“, versicherte Thyssen-Verkaufschef Dr. Richard Riser, Beiratsvorsitzer des Kontors West, der Mitte vergangener Woche seine neuen Preislisten herausgab. Sie seien so knapp kalkuliert, daß Ausländer sie nicht mehr unterbieten könnten. Nunmehr würden die deutschen Stahlverarbeiter wieder zu einheimischen Produzenten zurückkehren.

Eine Tonne Stabstahl kostet in Risers Stahlkontor heute nur noch 399 Mark, das sind 38,50 Mark weniger als in der früheren Preisliste. Eine Tonne Mittelblech (alter Listenpreis: 583 Mark) ist für 503 Mark zu haben.

Kein Kartellbruder soll künftig sein Kontor umgehen können, jeder muß sich unangemeldete Kontrollen der Kontor-Geschäftsführer gefallen lassen. Wer dennoch die Preise bricht und sich dabei ertappen läßt, muß bei Großverkäufen das Doppelte und bei Kleinverkäufen „mindestens das Zehnfache des Listenpreises“ als Buße zahlen.

Ein Fabrikant, der beispielsweise eine Tonne Feinblech (Kartellpreis 570 Mark) für 550 Mark verkauft, muß 5700 Mark an die Kontorkasse abführen. Die Buße treibt der Gerichtsvollzieher ein.